ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U.I.O.G.D

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

21. Jahrgang
No 48

Münster, Sask., Donnerstag, den 5. Januar 1928

Fortlaufende No.
1244

Welt=Rundschau.

Paris, Rom und Berlin

Unter diesem Titel veröffentlicht das „Vaterland" von Luzern, Schweiz, einen Aufsatz seines römischen Korrespondenten, der auf die Vorgeschichte der gegenwärtigen Spannung zwischen Frankreich und Italien reichliches Licht wirft und so das Verständnis der jetzigen Lage erleichtert. Ob der gleichzeitige kurze Blick des Korrespondenten in die Zukunft wirklich Kommendes sieht oder der Lauf der Dinge andere Resultate zeitigen wird, darüber läßt sich nicht streiten. Die Korrespondenz, geschrieben am 6. Dezember 1927, lautet:

"Zur Stunde schweigen die Polemiken zwischen den französischen und italienischen Zeitungen. Zu Genf arbeiten Briand und Scialoja an der Entspannung der Lage. So mag es angezeigt sein, die großen Linien der Politik im Palazzo Chigi (Rom) und am Quai d'Orsay (Paris) darzutun, um die Situation zu schildern, die ein Zwischenfall in Tirana (Albanien) oder Belgrad (Jugoslavien) neuerdings verdunkeln kann.

Virginio Gayda, Direktor des „Giornale d'Italia", hat im Oktoberheft dieses Jahres der Zeitschrift „Gerarchia" das Ergebnis der Außenpolitik des faszistischen Italiens in den letzten fünf Jahren zusammengefaßt. Die faszistische Außenpolitik hat in diesem Zeitraum drei verschiedene Phasen durchlaufen: die Liquidation der Vergangenheit und der ohne jede Verantwortlichkeit ererbten Probleme; die Ausbildung eines neuen Programms und einer neuen Methode; den Beginn des Aufbaues einer Außenpolitik.

Den ersten Teil, die Liquidation der Vergangenheit, bildete der Vertrag mit Jugoslavien betreffend Dalmatien und Fiume. Dieses Abkommen entsprach nach der Meinung von Virginio Gayda keineswegs dem Geiste, der die faszistische Revolution hervorgebracht hatte, allein eine kluge, weitsichtige politische Berechnung lag ihm zu Grunde. Die Rechte Italiens über das adriatische Meer wurden zwar in Mitleidenschaft gezogen, allein die Partie war von allem Anfang an verloren und unnütz wäre es gewesen, auf ihr zu beharren. „Mit diesem Vertrag jedoch hat Italien", so schreibt die „Gerarchia", „ein Dokument seiner Aufrichtigkeit und seines versöhnlichen Geistes geschaffen. Dieses grundlegende Abkommen wird die gesamte Entwicklung der italienisch-serbischen Beziehungen in der Zukunft erhellen. Der Vertrag von Rom bezüglich Fiume und Dalmatien wurde durch die Abmachungen von Nettuno vervollständigt. Diese bedürfen noch der Ratifikation durch Jugoslawien, bestätigen jedoch die von Anfang an eingenommene versöhnliche Haltung Italiens und sind imstande, im noch nicht abgeschlossenen adriatischen Drama Schuld und Verantwortlichkeit voneinander zu trennen." Soweit die italienische Politik an der Adria.

Die Europapolitik Italiens fußt auf einem allgemeinen Einverständnis mit England u. Spanien, das in dem gegenseitig erklärten Willen zum Ausdruck gelangt, die großen Probleme, die die europäische Geschichte hervorbringt und entwickelt, gemeinsam zu beraten und zu lösen. Daneben besteht ein Netz spezieller Abmachungen über bestimmt umschriebene politische Fragen, die für Italien eine unmittelbare Bedeutung besitzen. Dahin sind in erster Linie die Beziehungen zu Ungarn zu zählen, um im unruhigen und unübersichtlichen Donaugebiet ein festes und ausgeprägtes Zentrum zu schaffen. Dazu kommen die Beziehungen zu Albanien, um die durch die ungünstige Lösung des dalmatischen Problems bedrohten Stellungen an der Adria zu sichern. Die neuen Freundschafts- und Sicherheitspakte mit Ungarn und Albanien dürften bewiesen haben, daß Italien ein Werk ist, in den für seine Interessen bedeutsamsten europäischen Gebieten ein eigenes politisches System zu errichten.

Außerhalb Europas verfolgt Italien vorab wirtschaftliche und kulturelle Zwecke: so am Mittelmeer, am Roten Meer und jenseits des atlantischen Ozeans. Es seien erwähnt: die Verteidigung des italienischen Standpunktes in Tunis, die Arbeiten in Aegypten nach der Abklärung der Grenzverhältnisse in der Kyrenaike (Tripolis), der Abschluß von Konventionen für Jemen (südwestliche Ecke von Arabien) die Annäherung an das äthiopische Kaiserreich, der Frankreich seinen Widerstand entgegenstellt, die Bestrebungen auf dem Gebiete des Handels und der Arbeitsbeschaffung in einzelnen afrikanischen Gebieten und endlich jenseits des Ozeans der Beginn einer neuorientierten Politik gegenüber den südamerikanischen Republiken, die von den Millionen dort ansässiger Italiener unterstützt wird. Nachdem Virginio Gayda dieses Bild entworfen hat, stellt er die Frage: „Wo ist denn der Imperialismus?". Wer Taten höher als Worte einschätzt, wird diese in der „Gerarchia" aufgeworfene Frage als sehr berechtigt bezeichnen.

Doch nun zur französischen Außenpolitik. Zuerst war der Quai d'Orsay gewillt, das von Bismarck geeinte Deutschland zu zerstückeln. Damit wäre die Hegemonie Frankreichs in Europa gesichert gewesen, allein der ungünstige Ausgang der Ruhrbesetzung brachte diese Politik zum Scheitern. Aristide Briand, der Raimond Poincare am Quai d'Orsay ablöste, befürwortete eine friedensfreundlichere Politik, die dem Geiste von Genf und Locarno besser entsprach. Wer jedoch den Dingen auf den Grund sieht, erkennt, daß Briand mit der deutschen Freundschaft eine „Gallica Pax" anstrebt, (d.h. einen „französischen Frieden", der eine unbestrittene Oberherrschaft Frankreichs zur Voraussetzung hätte. Red.).

In dieser Beziehung ist eine Abhandlung von Jacques Seydoux in der „Revue Hebdomadaire" vom 26. November nicht ohne Interesse. Der Artikel trägt den Titel „Ist eine Entente zwischen Frankreich und Deutschland möglich?". Seydoux bejaht diese Frage. Der Kampf zwischen England und Frankreich dauerte Jahrhunderte und konnte trotzdem überwunden werden. Warum sollte dies nicht auch zwischen Deutschland und Frankreich möglich sein? Jacques Seydoux zeigt die Wege, die nach seiner Meinung eine Einigkeit zwischen diesen Staaten herbeiführen würden. „Das französische Volk wartet die Entwicklung der deutschen Politik ab, um zu wissen, ob es ihr Vertrauen entgegenbringen kann. Das

(Fortsetzung auf S. 4.)

Unwetter in Europa

Noch vor kurzem kamen Briefe aus Europa an, welche über ein geradezu wonniges Winterwetter zu berichten wußten. Aber wie man den Tag nicht vor dem Abend, so darf man auch den Winter nicht vor dem Frühling loben. Auf das anhaltende schöne Wetter folgten fast zwei Wochen des schlimmsten Unwetters, von dem kein Land Europas verschont blieb.

Wenn man über bitteres Winterwetter in Europa oder auch in den schon mehr südlichen Staaten von Amerika liest, darf man bei Bezeichnungen der Temperatur keineswegs den kanadischen Standpunkt zum Maßstabe nehmen. Dieser würde einem ganz falsches Bild geben. Denn die Erträglichkeit oder Unerträglichkeit von Hitze und Kälte bestimmt sich nicht bloß nach den Graden des Thermometers, sondern nach allen atmosphärischen Verhältnissen, vor allem nach der hohen oder niedrigen Lage eines Landes, Trockenheit oder Feuchtigkeit der Luft usw. So möchte z. B. ein weitlicher Kanadier lächeln, wenn er von der bitteren Kälte auf dem Balkan am 22. Dezember liest und dann sieht, daß das Thermometer 5 unter Null zeigte, das war dort seit 1893, wo es 7 unter Null war, die strengste Kälte. Bei 5 oder 7 Graden unter Null fühlt sich der Kanadier, wenn nicht gerade ein scharfer Wind bläst, ganz komfortabel.

Das Unwetter brach in zwei Etappen, von denen die zweite die schlimmere war, über Europa herein. Auf die ersten vier Tage, vom 19. bis 22. Dezember, folgten vier Tage, die keineswegs ideal, aber doch erträglicher waren als die vorhergehenden Tage. Nach Ablauf derselben kehrte das Unwetter mit verstärkter Kraft zurück. Am schlimmsten litt in beiden Perioden England, sowohl zu Lande als auf dem Meere, das es von Irland u. dem Festlande trennt. Im ersten Sturme ging ein Kohlenschiff an der irländischen Küste zu grunde. Mehrere Personen auf dem Lande verloren das Leben, sehr viele wurden verletzt, so daß in kurzer Zeit sich die Spitäler füllten. Die Unmasse des Schnees war kaum mehr zu bewältigen. Besonders schlimm war die Lage in London, wo überall große Verkehrsstörungen eintraten. — Nicht viel besser war es auf dem Balkan, wo ebenfalls mehrere Todesfälle und viele Verletzungen sich ereigneten. Auf der Donau, die fast ganz zugefroren war, strandeten 21 Frachtschiffe.

In Holland waren alle Kanäle zugefroren. — Auch Deutschland, wie überhaupt alle Länder, bekam seinen Anteil. In Berlin war der Schneefall in diesen Tagen so gewaltig, daß 3500 Schneeschaufler und 250 Schneepflüge nicht genügten, um den Verkehr aufrecht zu erhalten. Viele Züge im Lande kamen mit starken Verspätungen an ihrem Bestimmungsorte an. Ein schneidender Wind machte die ohnehin schon scharfe Kälte noch empfindlicher.

In der zweiten Periode war die Kälte nicht so groß, aber die Schneemassen noch bedeutender. In England blieben Züge im Schnee stecken und Reisende konnten vielfach nur mit Schwierigkeiten in Sicherheit gebracht werden. Manche Autoreisende wurden vom Unwetter überrascht, so daß sie weder vorwärts noch rückwärts konnten und die Nacht in ihren Wagen zubringen mußten. Zu dichten Schneegewirbel und Nebel ereigneten sich einige Zusammenstöße von Zügen und Schiffen. Aber auch gab es Tote und Verletzte. Dazu raste ein Sturm, der zeitweise eine Schnelligkeit von über 50 Meilen die Stunde erreichte. Infolge der hohen Temperatur schmolz der Schnee schnell und die Themse stieg so rasch, daß sie an manchen Stellen acht Fuß über ihrem normalen Stand war. Dadurch wurden im Tale große Strecken Landes überschwemmt und Landstraßen unfahrbar gemacht. — In anderen Ländern, vor allem auf dem Balkan, in Belgien, Frankreich und Spanien gab es ebenfalls viel Schnee, Regen und Stürme mit darauffolgenden Fluten. Die Schiffahrt im englischen Kanal litt viel Schaden und mußte für ein paar Tage fast ganz eingestellt werden. Manche Orte begannen dadurch Mangel an Lebensmittel zu leiden. In der Nähe von Holland strandete am 28. Dezember ein amerikanischer Frachtdampfer, konnte aber am folgenden Tage durch einen Schlepper in Sicherheit gebracht werden. — Sogar nach Marokko sprang dieses Wetter über, zwar nicht in der Form von Schnee, sondern in der Form von wolkenbruchartigen Regenaüssen, die weit und breit das Land überschwemmten und Verkehrsverbindungen unterbrachen.

Der 66. Deutsche Katholikentag in Dortmund

— Fortsetzung.

3. Mit dem Hinweis auf die Schulfrage in Deutschland haben wir bereits jenes dritte Problem angeregt, das besonders die führenden Geister der Gegenwart beschäftigt, das Schulproblem oder den Kampf um die Bekenntnisschule. Reichskanzler Dr. Marx beleuchtete dieses Problem mehr vom reichsgesetzlichen Standpunkt aus und stellte die Ziele, welche die katholische Schulbewegung zu berücksichtigen und zu erkämpfen hat, ins rechte Licht. Bei den bevorstehenden Verhandlungen über das Reichsschulgesetz ist vor allem dafür zu sorgen, daß die berechtigten Wünsche der Katholiken ihre Erfüllung finden. Diese stehen auf dem Standpunkt, daß, **das Recht der Eltern auf die Erziehung der ihnen von Gott anvertrauten Kinder an erster Stelle steht**; in gleicher Weise fordern sie auch Gerechtigkeit und Freiheit für alle, nicht bloß für einen Teil der Staatsbürger. Wenn nun die katholischen Eltern, überhaupt alle katholiken Deutschlands, die Bekenntnisschule verlangen, so muß diesem ihrem Verlangen Rechnung getragen werden; und es wird ihm auch Rechnung getragen werden, wenn Einigkeit u. Entschlossenheit immer da vorhanden ist, wo es sich darum handelt, die katholische Schule zu fordern. Diese katholische Schule darf aber nicht eine minderwertige Schule sein, sondern sie muß, überall das Beste leisten, sie

Fortsetzung auf Seite 8.

Das neueste Entwicklungsstadium des Völkerbundes

Von Dr. Friedrich R. von Wiesner.

Der achten Völkerbundtagung und der 16. und 17. Tagung des Völkerbundrates, die den ganzen Monat September ausfüllten, gingen als „Lever du rideau" (Vorspiel) zwei bedeutsame und die Weltlage blitzartig beleuchtende Ereignisse vor aus: Zuerst die von De Jouvenel und Lord Cecil offenbar im gegenseitigen Einvernehmen am 8. und 9. August — also gleichzeitig — erfolgt und mit eingehender Begründung abgegebenen Erklärungen, ihre Funktionen als Völkerbunddelegierte Frankreichs u. Großbritanniens zurückzulegen. Und dann, 14 Tage später, am 25. und 26. August auf der in Paris tagenden 24. Session der Interparlamentarischen Union, der Zusammenstoß der deutschen, französischen und belgischen Delegierten über die Fragen der Rheinlandbesetzung, des Locarno-Paktes, der deutschen Ostpolitik und der Kriegsschuld. Diese beiden Vorspiele waren miteinander nicht nur formell, sondern organisch dadurch verbunden, daß Jouvenel in beiden auftrat, im ersten als überzeugter, treumütiger Friedensfreund u. Vertreter des Schiedsgerichtsgedankens, im zweiten als mißtrauischer französischer Patriot mit Ansprüchen auf Friedensgarantien, die so groß sind, daß sie kaum befriedigt werden können. Durch die rasche Aufeinanderfolge der beiden Rollen tritt die Kontrastwirkung um so deutlicher in Erscheinung.

Ueberraschend war an den Ausführungen sowohl Jouvenels als Cecils, daß beide den Völkerbund als eine feststehende „internationale Tatsache" ansehen, als eine Institution, die ihre Lebensfähigkeit erwiesen habe und so weit erstarkt sei, daß sie arbeiten und ihre Aufgaben erledigen könne. Zu dieser Behauptung nicht allerdings im Widerspruch, daß beide ihre Demission unter anderem damit begründen, die Liga der Nationen gehe zurück, statt fortzuschreiten, und büße an Ansehen ein, statt an Einfluß zu gewinnen. Daß dem so sei, sei das Verschulden der großen Mächte, die ihre eigenen Interessen der Kontrolle des Völkerbundes entziehen und selbst in die Hand nehmen. Bekanntlich wird diese Tatsache damit begründet, daß die Liga für schwierige Probleme nicht tragfähig sei und daß man ihr nicht Lasten unterlegen dürfe, die sie nicht über den Berg bringen könne. Man wird nicht umhin können, dieser letzteren Auffassung den Vorzug vor den Ansichten Jouvenels und Cecils über die Leistungsfähigkeit des Völkerbundes zu geben. So wie das Institut heute ist, ist es die Summe seiner Mitglieder und daher mit allen Mängeln gesegnet, die seinen einzelnen Mitgliedern anhaften. Wie soll es da etwas anderes, über den Mitgliedern Stehendes sein, das seinen eigenen Geist, seine eigene Kraft hat?

Die Demission dieser beiden Völkerbundideologen hat das Prestige der Liga keineswegs gehoben. Ihre öffentliche Kritik hat vielmehr deren Mängel deutlicher in Erscheinung treten lassen, als es bisher der Fall war. Für jene Gruppen der Franzosen und Briten, welche an die Zukunft der Völkerbundidee glauben, sind Cecils und Jouvenels Kundgebungen sicherlich ein starker Antrieb zu erhöhter Aktivität und ein wirksames Agitationsmittel bei ihrer Werbetätigkeit im eigenen Lande. Lord Cecil hat die Arbeit in diesem Sinne auch bereits aufgenommen und in der englischen Völkerbundliga Resolutionen durchgesetzt, die von der Regierung Unterstützung der Abrüstungskommission, Beitritt zur obligatorischen Schiedsgerichtsarbeit, Eintreten für eine Völkerbundinitiative bei internationalen Konflikten und Ausarbeitung der Grundsätze verlangen, nach denen Waffenhilfe für bedrohte Völkerbundmitglieder geleistet wird. De Jouvenel arbeitet publizistisch im gleichen Sinne. Die Wirkung ihrer Tätigkeit bleibt abzuwarten. Auf jenes Ausland, das die Völkerbundinitiative ablehnt, scheint ihre Arbeit keinen Einfluß zu haben. Jouvenels kaum verteckte Ausfälle gegen Italien lassen erkennen, wie gering die Gegenliebe war, die er dort fand, gleichzeitig aber auch, wie sich in seiner Person das Interesse am Wirksamwerden des Völkerbundes mit spezifischen französischen Interessen verbindet. Aus diesem Grunde kehrt auch in allen seinen Kundgebungen die Beschwerde wieder, daß der Völkerbund keinerlei Interesse für den italo-jugoslawischen Konflikt bekunde, der eine imminente Kriegsgefahr in sich trage. Gewiß ist das französische Interesse sehr groß, dem jugoslawischen Bundesgenossen die Gefahr eines Krieges mit Italien vom Leibe zu halten, vor allem auch, um nicht selbst zu einer Hilfeleistung gezwungen zu sein. Doch wird man nicht übersehen dürfen, daß auf Seite der englischen Mitsprecher Jouvenels kein gleich lebhaftes Interesse geoffenbart wird, gerade Italien zu einer Unterordnung unter den Völkerbund zu bringen, und daß Jouvenel niemals den nicht minder gefährlichen Konflikt zwischen Polen und Litauen erwähnt, bei dem der Völkerbund dem polnischen Freunde Frankreichs in den Arm fallen müßte. Lloyd George dagegen hebt die „Annexion von Wilna" ausdrücklich als eine ernste Kriegsgefahr hervor, von der Europa noch manches hören werde.

Dieser Unterschied in der Einstellung der französischen und der englischen Völkerbundfreunde, der immer wiederkehren wird, wurde durch die Vorgänge auf der Tagung der Interparlamentarischen Union besonders deutlich. Dort hatte der deutsche Delegierte Loebe über den Stillstand der in Locarno und Thoiry so vielversprechend begonnenen Politik der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland geklagt und noch bloß leiser Andeutung des Kriegsschuldproblems vorgeschlagen, Frankreich solle seine Besatzungstruppen mit Anfang des Jahres 1928 aus dem Rheinland zurückziehen. Die Antwort, welche Jouvenel darauf gab, lehnte vorerst jedes Eingehen auf eine Revision der These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands und seiner Verbündeten ab, weil es heute keine Richter gebe, die fähig wären, diese Frage zu entscheiden. Nun, wenn Herr De Jouvenel den Schiedsgerichten die Fähigkeit abspricht, diese heute bereits eindeutig gelöste Frage zu beantworten, dann ist nicht einzusehen, wie er dann den Schiedsgerichten die Heilung sämtlicher Krankheiten der Welt anvertrauen kann. Und daß die Entente ein fähiger Richter war, die Kriegsschuld auf den Vierverband zu wäl-

(Fortsetzung auf S. 4.)